



Rechtsausschuß

31. Sitzung (nicht öffentlich)

30. September 1998

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 15.10 Uhr

Vorsitz: Gunther Sieg (SPD)

Stenographin: Heike Niemeyer

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Jahresbericht der Vollzugskommission

1

Vorlagen 12/2054 und 12/2206

- Ergänzendes Bericht des Vorsitzenden der Vollzugskommission
- Diskussion, insbesondere über Arbeits- und Verfahrensweise der Strafvollzugskommission

Der Ausschuß verständigt sich darauf, in einer der nächsten Sitzungen über das Thema "Arbeits- und Verfahrensweise der Justizvollzugskommission zu diskutieren und sich dazu von dem Vorsitzenden der Vollzugskommission und dessen Stellvertreterin berichten zu lassen sowie Informationen der Landtagsverwaltung anzufordern.

Außerdem will der Ausschuß die Stellungnahme des Ministeriums zum Bericht der Vollzugskommission - Vorlage 12/2206 - ebenfalls in einer der nächsten Sitzungen erörtern.

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1999 (Haushaltsgesetz 1999) und Gesetz zur Sicherung des Haushalts (Haushaltssicherungsgesetz 1999) 12

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/3300

Vorlagen 12/2265 und 12/2284

Einzelplan 03

hier: Geschäftsbereich Justiz

- Diskussion über die Beschäftigung privaten Personals oder von Angestellten als Alternative zum Einsatz von Beamten in Justizvollzugsanstalten

3 Verschiedenes 14

a) Auswärtige Sitzungen des Rechtsausschusses

Der Vorsitzende hält fest, daß der Ausschuß der Anregung, auswärtige Sitzungen nicht nur in Gerichten der verschiedenen Sparten, sondern auch einmal in Haftanstalten und bei einem Justizvollzugsamt durchzuführen, positiv gegenübersteht.

b) Kommissionsreise des Ausschusses nach Skandinavien

Der Ausschuß beschließt mit den Stimmen von SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, daß eine Delegation vom 17. bis zum 22. Mai 1999 nach Skandinavien, in erster Linie Schweden, reisen soll, um sich dort über die gewonnenen Erfahrungen mit neuen Methoden des Strafvollzugs zu informieren, und

beauftragt den Vorsitzenden, einen entsprechenden Genehmigungsantrag auszuarbeiten und alle weiteren Schritte zu veranlassen.

c) Terminplanung 1999 (s. Anlage).

Der Terminplan wird den Ausschußmitgliedern zur Kenntnis gegeben.

d) Ausschußsitzung am 21. Oktober dieses Jahres

Die Sitzung am 21. Oktober wird nicht, wie geplant, beim Verfassungsgerichtshof in Münster stattfinden, sondern höchstwahrscheinlich beim Sozialgericht Dortmund.

bar. Jeder Abgeordnete könne bei Besuchen von Landesinstitutionen den Wunsch nach Begleitung durch einen Mitarbeiter der Exekutive äußern.

Abschließend verständigt sich der Ausschuß darauf, die Stellungnahme des Ministeriums zum Bericht der Vollzugskommission - Vorlage 12/2206 - in einer der nächsten Sitzungen zu diskutieren.

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1999 (Haushaltsgesetz 1999) und Gesetz zur Sicherung des Haushalts (Haushaltssicherungsgesetz 1999)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/3300

Vorlagen 12/2265 und 12/2284

Einzelplan 03

hier: Geschäftsbereich Justiz

(Die "Einführung in den Entwurf des Justizhaushalts 1999" ist der Vorlage 12/2284 zu entnehmen.)

Rainer Lux (CDU) bezieht sich auf die Absicht des Ministeriums, im Strafvollzug privates Personal einzusetzen, und den dieselbe Materie betreffenden Vorschlag des Bundes der Strafvollzugsbediensteten, statt dessen Angestellte heranzuziehen. Inzwischen habe der Minister erklärt, die Beschäftigung von Angestellten käme nicht teurer als die privaten Personals.

StS Dr. Ritter (MIJ) sind Überlegungen, wie Herr Lux sie zitiere, nicht bekannt, doch stehe das Ministerium zur Diskussion über alle Anregungen zur Verfügung.

Robert Krumbein (SPD) verweist in diesem Zusammenhang auf das entsprechende Schreiben des Bundes der Strafvollzugsbediensteten an alle Fraktionen und die in diesem Zusammenhang mit den Verbänden geführten Gespräche. Unklar sei im Moment noch die dem Rechenexempel zugrunde liegende Zahlenbasis. Schwierigkeiten bereite insbesondere die Berücksichtigung von Krankenständen, Zulagen, des konkreten Einsatzes des Personals usw. Es wäre wünschenswert, könnte darüber im Laufe der Haushaltsberatungen zwischen Ministerium und den Verbänden noch Einigkeit erzielt werden.

Im Vordergrund stehe für die SPD-Fraktion bei allem nicht, Geld auf Teufel komm raus zu sparen, sondern aus der Sache heraus vernünftige, kostenoptimierte Verfahren zu entwickeln.

Als Untermauerung seiner Eingangsbemerkung zitiert **Rainer Lux (CDU)** aus der Zeitschrift "Der Vollzugsdienst":

"Zwischenzeitlich ist dieser Vorschlag"

- der Vorschlag der Strafvollzugsbediensteten -

"durch Frau Bainski aufgegriffen und an Herrn Minister Behrens herangetragen worden. Dessen Antwort war mehr als ernüchternd. Zwar räumte er ein, daß durch den BSBD-Vorschlag keine weiteren haushaltswirtschaftlichen Belastungen entstehen würden ..."

Das heiße: Der Minister habe offenbar Kostenneutralität festgestellt.

Außerdem möchte Herr Lux wissen, ob es bei den geplanten 76 Stellen für Personal privater Wachdienste bleibe.

StS Dr. Ritter (MIJ) sieht sich nicht in der Lage, das Zustandekommen dieses Zitats zu verifizieren.

Über die Anzahl "76 Stellen" hinaus gebe es im Hause keine Erwägungen.

Christiane Bainski (GRÜNE) erläutert, sie habe vor den Sommerferien den in Rede stehenden Vorschlag des Bundes der Strafvollzugsbediensteten - sie kenne ein ähnliches Modell aus dem Schulbereich, was ihr sehr vernünftig erscheine - herausgegriffen und dem Minister unterbreitet. Das Antwortschreiben des Ministers an sie habe sie an den BSBD weitergeleitet, der daraus dann etwas veröffentlicht habe.

Inzwischen habe auf Anregung von Herrn Krumbein und ihr ein weiteres Treffen zwischen den Berufsverbänden und dem Ministerium stattgefunden mit dem Resultat, daß sich beide zusammensetzen wollten, um die Zahlengrundlage in Übereinstimmung zu bringen.

Als Hintergrund des in der Zeitschrift abgedruckten Schreibens erläutert **Robert Krumbein (SPD)**, im Rahmen der Debatte mit dem BSBD über Folgekosten bzw. die Kostenneutralität des von dem Verband unterbreiteten Vorschlages habe inzwischen Übereinstimmung erzielt werden können, daß es sich bei dem Rückgriff auf Angestellte insofern tatsächlich um ein Steuerungsmittel handele, als sich durch die große Fluktuation im Justizvollzug auf der einen und die jährlich mögliche Entscheidung über die Anzahl der jeweils einzustellenden Angestellten die Gesamtzahl des Personals steuern lasse. Uneinigkeit herrsche nach wie vor zwischen dem BSBD und dem Ministerium darüber, wieviel letztlich eine Stunde Strafvollzugsdienst, verrichtet von Angestellten, koste.

Termine Ausschuß Recht 1999		
13. Januar 1999		
03. Februar 1999		
03. März 1999		
21. April 1999		
12. Mai 1999		
Sommerpause		
11. August 1999		
15. September 1999		
20. Oktober 1999		
17. November 1999		
Reise nach Skandinavien 17. bis 22. Mai 1999		